

vfa · Hausvogteiplatz 13 · 10117 Berlin

Frau

Kapelle-Ufer 1  
10117 Berlin

Hausvogteiplatz 13  
10117 Berlin  
Telefon 030 206 04-0  
[www.vfa.de](http://www.vfa.de)

Präsident  
Hans Steutel

### **Verhandlungen zu einem Pandemieabkommen bei der WHO**

Sehr geehrte

in dem neuesten Entwurf des derzeit bei der WHO in Genf diskutierten Pandemieabkommens wird ein von der WHO geführtes System vorgeschlagen, das den für die Entwicklung von Impfstoffen und Medikamenten notwendigen Zugang zu Pathogenen an eine Vielzahl von Bedingungen knüpft. Dazu gehören kostenlose und verbilligte Lieferungen von Impfstoffen oder Medikamenten in erheblichem Umfang und die Verpflichtung zu Geldzahlungen zur Finanzierung eines von der WHO verwalteten Vergabesystems.

Außerdem soll zur diesjährigen Weltgesundheitsversammlung im Interesse der Fristwahrung lediglich ein Rahmenabkommen unterzeichnet werden. Weitere Details sollen erst später geklärt werden.

Dazu nehmen wir wie folgt Stellung:

Wir begrüßen sehr die Anstrengungen zum Abschluss eines Pandemie-Abkommens, das zu einer besseren Bewältigung einer künftigen neuen Pandemie beiträgt.

Die forschenden Pharma-Unternehmen haben stets betont, dass der Zugang zu Pathogenen schnellstmöglich, direkt und bedingungslos erfolgen muss, um unnötige Verzögerungen zu vermeiden. Ein geschlossenes System unter Leitung der WHO ist nicht sachgerecht und somit nicht akzeptabel.

Die Bereitstellung von Impfstoffen oder Medikamenten zu Sonderkonditionen für bestimmte Zielgruppen oder Länder ist grundsätzlich möglich. Ihr Umfang muss allerdings eng begrenzt werden. So erscheinen 5% der möglichen Lieferkapazität, die kostenlos zur Verfügung gestellt werden, und weitere 5%, die zu reduzierten Preisen –

**Datum**  
6. Mai 2024  
**HZ**  
**Telefon**  
030 20604-510  
**E-Mail**  
[h.zimmer@vfa.de](mailto:h.zimmer@vfa.de)

orientiert an der Zahlungsfähigkeit des jeweiligen Ziellandes - geliefert werden, als die maximal vertretbaren Mengen. Wir weisen darauf hin, dass diese „reservierten“ Mengen auch für die bundesdeutsche / europäische Bevölkerung, der sie nicht mehr zur Verfügung stehen würden, akzeptabel sein müssen.

Seite 2/2

Durch die derzeit vorgesehenen Bedingungen und Verpflichtungen besteht die Gefahr, dass sich viele forschende Pharma-Unternehmen in einem Pandemiefall nicht an der Entwicklung von Impfstoffen oder Medikamenten beteiligen werden. Was wir aber im Pandemiefall brauchen ist im Gegenteil das Engagement von möglichst vielen Unternehmen, denn der Erfolg ist keineswegs sicher und nicht vorhersagbar. Die derzeit vorgesehenen Regelungen geben nicht nur keine Anreize, sondern sind abschreckend und daher kontraproduktiv.

Von der derzeit offenbar verfolgten Absicht, vorerst nur ein Rahmenabkommen abzuschließen und die Details später zu klären, raten die forschenden Pharma-Unternehmen dringend ab. Vielmehr sollte das Pandemieabkommen mit ausreichend Zeit weiterverhandelt werden, um realistische und konstruktive Regelungen zu erreichen, die tatsächlich eine bessere Vorbereitung auf eine künftige Pandemie ermöglichen können.

Verpflichtende Zahlungen zur Finanzierung eines WHO-geführten Systems für den Zugang zu Pathogenen, das nicht sachgerecht wäre, lehnen die forschenden Pharma-Unternehmen ab. Wir weisen darauf hin, dass die Bundesrepublik durch die Zustimmung zum derzeitigen Entwurf des Pandemieabkommens für solche Zahlungen einstehen müsste, da die Unternehmen dazu nicht bereit sein werden.

Wir bitten die Bundesregierung daher dringend, weder den gegenwärtigen Entwurf des Pandemieabkommens noch ein wie auch immer geartetes Rahmenabkommen zu unterzeichnen.

Mit freundlichen Grüßen



Han Steutel  
Präsident



Harald Zimmer  
Senior Manager Internationales